

DKP Saarland Bezirksdelegiertenkonferenz 19. 09. 2015, Neunkirchen

EntschlieÙung Nr. 3

Faschismus ist keine Meinung sondern ein Verbrechen – Gegen Rechtsentwicklung und Neofaschismus

Befördert durch die anhaltende kapitalistische Krise konnten sich neofaschistische und rechts-nationalistische Kräfte in Europa in den zurückliegenden Jahren bedeutend stärken. Auf nationaler Ebene war insbesondere die Massenmobilisierung der rassistisch-nationalistischen Pegida in Dresden und anderen ostdeutschen Städten besorgniserregend. Gesellschaftlich breite Teile der Zivilgesellschaft widersetzten sich in eindrucksvollen Aktionen den rassistischen Aufmärschen. In Saarbrücken demonstrierten am 12. Januar d.J. rund 9 tausend Saarländer/Innen gegen Rassismus und für Toleranz und Solidarität mit Asylsuchenden und Flüchtlingen. Auch in anderen saarländischen Städten gab es beeindruckende Kundgebungen, wie in Neunkirchen und Sulzbach.

Nachdem eine Übertragung des Pegida-Konzepts in unserer Region scheiterte, demonstriert die NPD, unterstützt durch faschistische Kameradschaften, seit Monaten unter dem Deckmantel SageSa (Saarländer gegen Salafisten) in verschiedenen Städten des Saarlandes. Bei jedem ihrer sogenannten Montagsspaziergängen trafen sie auf vielfältige bunte Gegenaktionen.-

Die demokratischen Kräfte im Saarland dürfen es nicht länger zulassen, dass Neonazis ihre menschenverachtende Ideologie öffentlich zur Schau stellen können. Zusätzlich zu den Gegenkundgebungen von „bunt statt braun“ orientieren wir gemeinsam mit anderen antifaschistischen Kräften auf gewaltfreie Blockaden und andere Störaktionen.

Inzwischen greifen rassistische und faschistische Kräfte in erschreckender Häufigkeit zur gewaltsamen Aggression gegen Flüchtlinge, bekannte Antifaschist/Innen und Objekte. Rassistische und ausländerfeindliche Aussagen etablierter Politiker/Innen, die Abschottungspolitik der EU/Frontex, die breite Berichterstattung über die AfD u.a. haben zu einem Ansteigen einer rassistischen Grundstimmung in der Bevölkerung geführt.

Faschistische Kräfte erfüllen auch als „oppositionelle“ Teile der Zivilgesellschaft ihre Funktion im Interesse des Kapitals. Sie hemmen mit ihrer sozialen Demagogie und pseudo-antiimperialistischen Positionen die Stärkung linker Kräfte und mobilisieren Teile der Arbeiterklasse gegen ihre eigenen Interessen. Sie sollen Gewerkschafter, Linke und demokratische Kräfte einschüchtern und in ihren Wirkungsmöglichkeiten beschränken. Mit ihrer Hetze gegen Flüchtlinge unterstützen sie die reaktionäre Abschottungspolitik der EU-Staaten, der bereits zehntausende Menschen zum Opfer gefallen sind. Die neofaschistische soziale Demagogie dient den Herrschenden immer wieder als willkommener Anlass für die Gleichsetzung von rechts und links und zur Diskreditierung sozialistischer und kommunistischer Kräfte.

Die DKP - auch bei uns im Saarland - gehört zu jenen breitgefächerten Kräften, die seit vielen Jahren vor der Gefahr des Neofaschismus in Deutschland warnen und eine wirksame Gegenwehr fordern. Dem Vermächtnis des antifaschistischen Widerstands verpflichtet, beteiligen sich Kommunistinnen und Kommunisten an den unterschiedlichen Aktivitäten gegen Neofaschismus und Rassismus.

Der antifaschistische Widerstand wird deshalb immer mehr zur Aufgabe einer möglichst breiten antifaschistischen Volksbewegung, zu der auch wir unseren Beitrag leisten.

Wir fordern konsequente Abkehr vom Antikommunismus als Staatsdoktrin. Er fördert

DKP Saarland Bezirksdelegiertenkonferenz 19. 09. 2015, Neunkirchen

Intoleranz, Hass und Gewalt. Die Behörden müssen endlich die vom Neofaschismus ausgehende ständige Gefahr ernst nehmen und effektiv bekämpfen.

- Wir fordern die Aufnahme des 8. Mai, des Jahrestages der Befreiung vom Faschismus, als Gedenktag in die Landesverfassung. Damit würde ein wichtiger Beitrag geleistet, ein antifaschistisches Massenbewußtsein zu fördern.
- Durch ihre sogenannten V-Leute haben die Geheimdienste die Naziszene mit Geld und warnenden Informationen versorgt sowie Ermittlungen bewusst behindert. Wir fordern deshalb die Ausschaltung aller V-Leute und die Auflösung der Geheimdienste.
- Die NPD erweckt durch Legalität den Eindruck, ihre rassistische, antisemitische und antidemokratische Hetze sei ein legitimes nationales Anliegen. Solange sie sich überwiegend aus Steuergeldern finanziert, verleiht sie der gesamten neofaschistischen Szene den Anschein der Legitimität. Die NPD muss verboten werden! Wir protestieren gegen die Weigerung der CDU-SPD-Landesregierung, sich dem Antrag mehrerer anderer Bundesländer auf Verbot der NPD anzuschließen. Hier entlarven sich die Fensterreden der Ministerpräsidentin als hohle Phrase.
- Wir fordern das Verbot jeglicher rassistischer, neofaschistischer und ausländerfeindlicher Propaganda und Aktivitäten, sowie ein Verbot aller neofaschistischen Organisationen entsprechend dem antifaschistischen und antirassistischen Auftrag des Grundgesetzes. Die Justiz muss endlich aufhören, den Feinden der Demokratie Freiräume zu gewähren. Menschen, die versucht haben neofaschistische Demonstrationen zu verhindern, dürfen nicht juristisch belangt werden. Laufende Verfahren müssen eingestellt werden.
- Als konkreten Beitrag gegen das Auftreten neonazistischer Kräfte im Saarland fordern wir die Öffentlichkeit auf, weiterhin an das Wirken antifaschistischer Widerstandskämpfer zu erinnern und die Opfer des Faschismus zu ehren. Die in zahlreichen Orten des Saarlandes, zum Teil mit Unterstützung der VVN-BdA und von Genossinnen und Genossen unserer Partei, erfolgte Verlegung von "Stolpersteinen" muss fortgesetzt werden. Er bietet vielfache Möglichkeiten, Schülerinnen und Schüler für diese Aktivitäten zu gewinnen und diese somit mit dem Wirken der Geehrten vertraut zu machen.
- Wir fordern mehr antifaschistische Unterrichtsinhalte an den Schulen. Jede Klasse sollte mindestens einmal in ihrer Schulzeit eine antifaschistische Gedenkstätte in der Region besichtigen.

Wir werden gemeinsam mit anderen antifaschistischen, demokratischen und linken Kräften in unserem Land das Auftreten von Neofaschisten wirksam bekämpfen.

Einstimmig beschlossen